FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Das Land voranbringen!

Bauvorhaben in Einklang mit Natur und Gesellschaft beschleunigen

Die Förderung und der Erhalt der Biodiversität sind unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten und unserer Gesellschaft. Der Rückgang der Artenvielfalt und die Zerstörung natürlicher Lebensräume stellen nach wie vor eine Bedrohung dar, der begegnet werden muss. Doch trotz dieser Notwendigkeit darf es nicht zu Situationen kommen, in denen artenschutzrechtliche Prüfungen bei Bauvorhaben systematisch zu massiven Verzögerungen führen, die letztlich dem Allgemeinwohl schaden.

Es ist festzustellen, dass die gegenwärtige Praxis, in der artenschutzrechtliche Prüfungen oftmals über Jahre hinweg Bauvorhaben blockieren, weder dem Ziel des Artenschutzes noch den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass notwendige Bauprojekte, die zur Verbesserung der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erforderlich sind, wegen langwieriger bürokratischer Verfahren auf unbestimmte Zeit verzögert werden. Der Zustand unserer Infrastruktur und Wirtschaft zeigt deutlich, dass wir mit einem derartigen Ansatz nicht nur auf nationaler Ebene zurückfallen, sondern auch im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass der aktuelle Rückgang der Biodiversität trotz dieser intensiven Prüfverfahren weiterhin besorgniserregend ist. Die Verzögerungen und Hindernisse in den Planungs- und Genehmigungsverfahren haben nicht zu einer spürbaren Verbesserung des Artenschutzes geführt. Vielmehr riskieren diese langwierigen Prozesse, die Akzeptanz für den Artenschutz in der Bevölkerung zu gefährden, wenn der Eindruck entsteht, dass eine unzureichende Balance zwischen Artenschutz und den notwendigen Maßnahmen für die Gesellschaft besteht.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Gerade bei Bauvorhaben überragenden öffentlichen Interesses – wie großen Infrastrukturprojekten, Maßnahmen zum Schutz von Leib und Leben, wie z. B. im Rahmen der Hochwasserabwehr, oder Vorhaben mit zentraler Bedeutung zur Modernisierung der Wirtschaft – ist es dringend notwendig, eine Trendumkehr einzuleiten. Es gilt, Verfahren zu beschleunigen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Anforderungen des Artenschutzes in einer praktikablen und zukunftsfähigen Form berücksichtigt werden. Dies erfordert eine kritische Überprüfung und Reform der bestehenden bürokratischen Abläufe, um eine effiziente und zugleich effektive Integration von Artenschutzmaßnahmen in die Planung und Durchführung von Bauvorhaben zu gewährleisten.

Vorhaben zum Schutz von Leib und Leben priorisieren

In Richtung Bund fordern wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion deswegen, dass Vorhaben, die unmittelbar dem **Schutz von Leib und Leben** dienen – insbesondere Katastrophen- und Zivilschutzeinrichtungen, Hochwasserschutzbauten – sowie drängende Bauvorhaben im Bereich der kritischen Infrastruktur durch eine angemessene Ausgestaltung und Anpassung der Gesetzeslage ohne Verzögerungen in Hinblick auf artenschutzrechtliche Prüfungen und Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Forderungen an Berlin und Brüssel

- Frühzeitig sind für kritische Infrastrukturprojekte **Beschleunigungszonen** auszuweisen, in denen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) entfallen oder in reduzierter Form durchgeführt werden können.
- Auf Bundesebene ist ein **zentrales UVP-Portal** einzurichten, das **digital** und **standardisiert** für alle Verfahren und Beteiligten die Basis der UVP darstellt.
- Staatliche Register sind zu vernetzen, damit das sogenannte "Once only"-Prinzip greifen kann und Daten nicht mehrfach zugeliefert werden müssen.
- Für bestimmte Verfahren ist eine **Genehmigungs**- oder **Zustimmungsfiktion** vorzusehen, wonach die Genehmigung oder Zustimmung der Behörde nach Ablauf einer Frist ohne Widerspruch als erteilt gilt, soweit dies mit Unionsrecht vereinbar ist.
- Ein vorzeitiger Baubeginn ist unter bestimmten Voraussetzungen zu erleichtern.
- Es sind **höhere Bagatellschwellen** für genehmigungsfreie Vorhaben oder Ausnahmen von Prüfungen bei Anlagenänderungen vorzusehen, soweit dies mit Unionsrecht vereinbar ist.
- Genehmigungspflichten sind vermehrt durch Anzeigepflichten zu ersetzen, soweit dies mit Unionsrecht vereinbar ist.
- Darüber hinaus möge die Bundesregierung eine **Kommission** mit dem Ziel einsetzen, **Lösungen** zu erarbeiten, wie Umweltbelange effizienter in Planungs- und Genehmigungsverfahren integriert werden können.

Sowohl auf Seiten der Biodiversität als auch auf Seiten der Infrastruktur gilt es, weitere Degradation zu verhindern und deren Zustand ins Positive zu verhelfen.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!
www.fw-landtag.de